



Pressemitteilung

Pößneck, den 13.05.19

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung.
Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Das am 11.05.19 durch Rot/Rot/Grün verabschiedete neue Thüringer Wassergesetz ist enttäuschend. Es ist ein Kniefall der Regierungsfractionen vor den Lobbyverbänden, der Zweckverbände und des Gemeinde- und Städtebundes. Es ist ein schlechter Tag für Thüringen und ein schlechter Tag für die betroffenen Grundstückseigentümer. Die politische Konsequenz, Versprechen und Ansagen nicht einzuhalten, geht zu Lasten der Glaubwürdigkeit. Die Abwasserbehandlung im ländlichen Raum wird nun leider ungerecht bleiben. Das neue Wassergesetz erfüllt weder unsere Erwartungen, Forderungen und Vorschläge, noch den politischen Versprechen und Zusagen von Landtagsabgeordneten aller im Landtag vertretenden Parteien. Er entspricht auch nicht den von uns begrüßten 1. Entwurf, welcher damals noch den Lösungsvorschlag der Landesregierung, dass auf dem Gebiet des Abwasserrechtes die „Gerechtigkeitslücke“ geschlossen werden soll, enthielt.

Unsere wichtigste Forderung einer Gleichbehandlung aller Gemeinden und deren Bürger wurde nicht umgesetzt. Siedlungsgebiete **unter 200 Einwohner können bzw. werden bei der Abwasserbehandlung im ländlichen Raum weiterhin benachteiligt**. Durch die Verwendung des Begriffes „Siedlungsgebiet“, an Stelle von Gemeinde, wird den Zweckverbänden Tür und Tor bei der Auslegung des Gesetzes geöffnet. Der verwendete **Begriff „Siedlungsgebiet“ widerspricht den §§ 1 bis 3 der ThürKO und wurde nicht, wie von uns gefordert, durch den Begriff „Gemeinde“ ersetzt**. Der Begriff „Siedlungsgebiete“ findet z.B. in Österreich Anwendung und ist für Thüringen ungeeignet. Leider hat Rot/Rot/Grün es versäumt zu regeln, dass die Abwasserbeseitigungspflicht **ausschließlich** bei den Zweckverbänden und Abwasserbetrieben liegt und **nicht** mehr auf die Grundstückseigentümer übertragen werden darf.

Die neuen Änderungen wurden offenbar anderen Themen im ThürWG, zum Nachteil vieler Grundstückseigentümer mit Kleinkläranlagen (KKA), geopfert. Dies widerspricht den uns gegenüber getätigten Zusagen der Umweltministerin und ihres Staatssekretärs Olaf Möller von B90/Grüne. Es ist **kein** „Abwasserpakt für die Dörfer“ sondern ein Pakt mit den Zweckverbänden und ein ungerechtes Gesetz gegen den ländlichen Raum.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender



BÜRGERALLIANZ

Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.